

Das IKRK und die nukleare Abrüstung : Erinnerungen an Hiroshima

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Das Schweizerische Rote Kreuz**

Band (Jahr): **92 (1983)**

Heft 7

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-548525>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das IKRK und die nukleare Abrüstung

Erinnerungen an Hiroshima

Lage grauenhaft... Neunzig Prozent der Stadt dem Erdboden gleichgemacht... Alle Krankenhäuser vernichtet oder schwer beschädigt... Habe zwei Behelfsspitäler gesehen: unbeschreibliche Zustände... Wirkungen der Bombe rätselhaft... Viele scheinbar geheilte Opfer erleiden verhängnisvollen Rückfall... Noch immer zahlreiche Sterbefälle. Mehr als 100000 Opfer immer noch in Notkrankenhäusern...

Dies der dramatische Bericht über die Situation, der sich ein Delegierter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz kurz nach dem Abwurf der ersten Atombombe am 6. August 1945 in Hiroshima gegenüber sah.

Das IKRK befürwortet die allgemeine und vollständige Abrüstung

Heute, 38 Jahre später, sind grössere und noch viel erschreckendere Waffen hergestellt worden und in Waffenlagern rund um die Welt aufgestockt; jeder zukünftige atomare Angriff hätte noch fürchterlichere Folgen.

Anders als bei einem nuklearen Konflikt, in dem eine unbegrenzte Vernichtung unvermeidlich erscheint, lässt die konventionelle Kriegführung – die an sich schon einen Angriff gegen menschliche Werte darstellt und seit 1945 durch die Charta der Vereinten Nationen zu Recht verurteilt ist – immerhin die Möglichkeit einer Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten zu. Mehrere Rotkreuzkonferenzen haben die Massenvernichtungswaffen verurteilt, und weniger als einen Monat nach Hiroshima machte das IKRK die nationalen Gesellschaften in einem Brief darauf aufmerksam, dass die zukünftige Anwendung derartiger Waffen unweigerlich grenzenlose Zerstörungen zur Folge haben würde.

Das IKRK befürwortet eindeutig die allgemeine und vollständige Abrüstung. Dies geht auch aus seiner Unterstützung des einstimmig festgeleg-

ten Zieles der Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Abrüstung von 1978 hervor. Das IKRK forderte die Staaten auf, eine Atmosphäre des Vertrauens und der Sicherheit zu schaffen, die es ermöglichen würde, den toten Punkt zu überwinden und zu einer über den Einzelinteressen stehenden Vereinbarung über die Abrüstung zu gelangen. Wegen seines Status absoluter Neutralität ist es dem IKRK jedoch nicht möglich, an Verhandlungen über die Beseitigung der Massenvernichtungswaffen direkt teilzunehmen. Eine solche Beteiligung würde einbegreifen, dass die Institution Staaten veranlasst, Schritte zu unternehmen, die sie als nicht angemessen betrachten. Wenn zudem der Standpunkt des IKRK mit jenem auch nur eines einzigen Staates in Widerspruch stünde, setzte es sich dem Vorwurf aus, Partei zu ergreifen.

Politische Probleme

Es gibt beispielsweise Staaten, die meinen, dass eine allgemeine und sofortige nukleare Abrüstung nicht möglich sei oder dass Fortschritte nur nach und nach, über Einfrierung, gefolgt

von gegenseitigem oder einseitigem Abbau, erzielt werden könnten.

Einige Staaten glauben, dass eine gegenseitige Abrüstung ohne ein wirkungsvolles Überwachungssystem eine noch grössere Bedrohung des Friedens bedeuten würde.

Staaten, die ihre Verteidigungspolitik auf atomare Abschreckung gründen, behaupten, dass sie durch Vernichtung ihrer Atomwaffen gegenüber ihren potenziellen Gegnern, die eine Überlegenheit an klassischen Waffen besitzen, benachteiligt wären.

Wegen der Wichtigkeit der Sicherheitsfrage für die Staaten können nur diese selber Vorschläge über die Beseitigung ihrer Atomwaffenlager machen; die Rolle des IKRK beschränkt sich darauf, immer wieder auf die humanitäre Notwendigkeit einer atomaren Abrüstung hinzuweisen, wobei die technischen und politischen Aspekte des Problems den verantwortlichen Staaten überlassen werden müssen.

Die Hauptsorge des IKRK betreffend Atomwaffen ist die Tatsache, dass sie wahllos töten. Einer der wesentlichen Grundsätze des humanitären Völker-



Das IKRK bemüht sich in Konflikten, den geltenden völkerrechtlichen Regeln Nachachtung zu verschaffen, die unter anderem die Anwendung unterschiedslos treffender Waffen verbieten.

rechts ist die Unterscheidung zwischen Zivilpersonen und Kombattanten. Aus diesem Grund hat das Rote Kreuz stets seiner Sorge über die Massenvernichtungswaffen Ausdruck gegeben.

Juristische Argumente

Das Haager Abkommen von 1907, das inzwischen grösstenteils zur allgemeinen Rechtsgrundlage geworden ist, hält fest, dass Kombattanten kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Methoden und Mittel der Kriegführung haben. Dieser im Zusatzprotokoll I zu den Genfer Abkommen neu bestätigte Grundsatz enthält sowohl das Verbot von überflüssigen Verletzungen und unnötigem Leiden als auch das Verbot von Methoden und Mitteln der Kriegführung, die ausgedehnte, langanhaltende und schwere Schäden an der natürlichen Umwelt verursachen.

An der Diplomatischen Konferenz, die das Protokoll I ausarbeitete, bestand einerseits Übereinstimmung darüber, dass weder die Konferenz noch das Protokoll das Problem der atomaren, bakteriologischen oder chemischen Waffen angehen könne, andererseits darüber, dass die bereits festgelegten allgemeinen Prinzipien noch gültig und auch auf diese Waffen anwendbar seien und es auch in Zukunft bleiben würden.

Medizinische Argumente

Neben und über diesen juristischen Argumenten bleibt jedoch die Tatsache bestehen, dass die Leiden und die Vernichtung, die ein nuklearer Konflikt verursachen würde, niemals mit den elementarsten humanitären Erfordernissen in Einklang gebracht werden könnten.

Überdies wären die Überlebenden eines atomaren Angriffes ohne jegliche geeignete medizinische Hilfe. Mehrere Studien haben sich mit diesem Thema auseinandergesetzt, und kürzlich legte eine Expertengruppe an der Versammlung der Weltgesundheitsorganisation in Genf ein Dokument mit der erschreckenden Schlussfolgerung vor, dass die Aussichten auf medizinische Betreuung für Opfer eines nuklearen Schlages so gut wie inexistent seien. Die Experten unterstreichen, dass sogar mit den Mitteln, die unter normalen oder optimalen Bedingungen zur Verfügung stehen, die Gesundheits-

dienste nicht in der Lage wären, die Opfer zu versorgen.

Eskalation

Noch bedrohlicher klingt die Warnung der Experten nach Einschätzung dreier möglicher Situationen, nach der die Wahrscheinlichkeit sehr gross sei, dass einem nuklearen Erstschlag ein Krieg folgen würde, in dem die meisten Waffen der Nukleararsenale eingesetzt würden.

Angesichts dieser ständig zunehmenden Bedrohung der Menschheit ist die Rotkreuzbewegung mehr denn je – aber innerhalb ihres Kompetenzberei-

ches – verpflichtet, die Sache der Abrüstung zu fördern.

Das 1977 in Bukarest angenommene Friedensaktionsprogramm beruht auf der Förderung von Tätigkeiten, durch welche Männer, Frauen und Kinder in aller Welt dazu beitragen können, menschliches Leiden im eigenen Land und im Ausland zu lindern.

Die furchtbare Bedrohung der Vernichtung in einer nuklearen Katastrophe lässt uns keine andere Wahl als die Suche nach friedlicher Koexistenz.

(Aus dem «IKRK-Bulletin» Nr. 90, Juli 1983)

Ein afghanischer Rechtsgelehrter erläutert die humanitäre Grundlage des islamischen Rechts

Mitten im geschäftigen Hin und Her des täglichen Betriebes in der Delegation des IKRK in Peshawar studiert seit einigen Monaten ein afghanischer Rechtsgelehrter einen Stapel von Büchern und Manuskripten, der sowohl die Genfer Abkommen als auch den Koran umfasst.

Professor Abdul Jabar Sabit, der die jeweils ruhigste Ecke in der Delegation aussucht, arbeitet sorgfältig an einem Projekt, von dem er hofft, dass es mehr Menschlichkeit in den bitteren Konflikt im Innern seines Landes bringen und vielleicht das Leben von Gefangenen der kriegführenden Parteien retten wird.

Als früherer Mitarbeiter des afghanischen Justizministers und ausserordentlicher Dozent an der Universität von Peshawar verfasst Professor Sabit jetzt für das IKRK eine Broschüre in den afghanischen Sprachen, in der er die Vereinbarkeit des humanitären Völkerrechts mit dem islamischen Recht darlegt.

Die Widerstandskämpfer im Inneren Afghanistans betrachten ihren Kampf zu allererst als einen Jihad, einen heiligen Krieg, der vom islamischen Gesetz inspiriert und gelenkt wird.

Wie die christliche Bibel, lassen auch Verkündigungen des Propheten im Koran mannigfache Interpretationen zu. Professor Sabit hat jedoch keine Zweifel an der humanitären Grundlage des islamischen Rechts: «Es gibt

keinen einzigen Artikel, keine einzige Bestimmung in den Genfer Abkommen, die nicht ebenfalls im islamischen Recht sinngemäss enthalten wären. Die Gesetze des Islams sind Jahrhunderte vor den Genfer Abkommen entstanden, doch sind sie meiner Ansicht nach direkt und indirekt vereinbar.» Wie Professor Sabit feststellt, gibt es im Koran viele Hinweise, die Grundprinzipien wie dasjenige der menschlichen Behandlung von Gefangenen hochhalten, und er zitiert das folgende Beispiel: «Als die Kriegsgefangenen vom Schlachtfeld von Badir nach Medina gebracht wurden, wies der Prophet seine Gefährten an, die Gefangenen im Hinblick auf Unterkunft, Bekleidung und Nahrung genauso zu behandeln wie sich selbst. Er wies sie vor allem an, gegenüber den Gefangenen Nachsicht walten zu lassen.»

Professor Sabit ist überzeugt, dass seine Broschüre zum besseren Verständnis der Genfer Abkommen durch die afghanischen Widerstandskämpfer beitragen wird und hofft, dass seine Monate dauernde akademische Arbeit in den verschiedensten Winkeln der Delegation von Peshawar positive Resultate auf den Schlachtfeldern im Inneren Afghanistans zeitigen wird.

(Aus dem «IKRK-Bulletin» Nr. 92, September 1983)